

Vorhaben der Staatsregierung stößt auf Widerstand

Breiter Protest gegen neues Versammlungsgesetz

Tausende Menschen folgen dem Demonstrationsauftritt von DGB und Verdi und ziehen vor die CSU-Zentrale

Von Christina Warta

Mehrere tausend Menschen haben am Samstag gegen das geplante bayerische Versammlungsgesetz demonstriert. Aufgerufen von Gewerkschaften und Landtags-Opposition, aber auch von vielen anderer Institutionen, zogen sie vom Gewerkschaftshaus in der Schwantalerstraße zur CSU-Parteizentrale in der Nymphenburger Straße. Die Gesetzesänderung sei „unwürdig für ein Land, das sich Freistaat nennt“, sagte der ehemalige SPD-Bürgermeister Klaus Hahnzog, „das ist reiner Etikettenschwindel“.

Veranstaltet hatten die Demonstranten der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und Verdi, unterstützt von den Landtagsfraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Doch der Widerstand gegen das geplante Gesetz, das nach Ansicht der Gegner die Versammlungsfreiheit in Bayern stark einschränken würde, zieht sich durch viele gesellschaftliche Gruppen. So protestierten nicht nur die Globalisierungsgegner von Attac, Vertreter von Terre des hommes, vom Bayerischen Bauernverband und vom Journalistenverband, sondern auch Mitarbeiter des Prinzregententheaters, Vertreter der Linken, der Bund Naturschutz, die „Löwentans gegen rechts“ und viele mehr. Heinrich Birner von Verdi sprach von rund 5000 Teilnehmern.



Buntes Bündnis gegen den Entwurf für ein neues Versammlungsgesetz: Ein Demonstrant in der Nymphenburger Straße. Foto: Alessandra Schellneger

„Dieses Gesetz strahlt den Geist obrigkeitsstaatlichen Denkens aus“, kritisierte die frühere Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP), „man will die Bürger schon im Vorfeld von Versammlungen einschüchtern.“ Dass Bayern wegen der Föderalis-

musreform dieses Gesetz erlassen müsse, treffe nicht zu: „Es gilt nach wie vor das Bundesgesetz, und da steht alles drin“, sagte Leutheusser-Schnarrenberger.

Das Argument, dass das neue Versammlungsgesetz vor allem gegen die Aufmärsche von Neonazis gerichtet sei,

bezeichnete Margarete Bause, Vorsitzende der Grünen-Landtagsfraktion, als „faustdicke Lüge“. Wenn Demonstrationen von Rechten rechtzeitig angemeldet würden, dann könnten sie weiterhin stattfinden. „Dieses Gesetz wird gerade die Zivilgesellschaft behindern – jene Menschen, die sich gegen die Nazis wenden wollen. Das darf nicht sein“, sagte Bause, „deshalb fordere ich Sie auf: Bleiben Sie im Widerstand.“

Franz Maget, SPD-Fraktionschef im Landtag, deutete auf das CSU-Logo an der Parteizentrale und sagte: „Wir stehen hier am richtigen Platz.“ Der Geist der CSU wolle die Freiheit einschränken, die seit der Gründung des Freistaats den Menschen erlaube, ihre Meinung frei zum Ausdruck zu bringen. „Wahrscheinlich stehen wir künftig alle erst einmal unter Generalverdacht“, sagte Peter Stark, Betriebsrat bei Giesecke und Devrient. Und Fritz Schösser, Vorsitzender des DGB-Bezirks Bayern, erklärte: „Das Grundrecht der Versammlungsfreiheit darf nicht in föderaler Kleinstaaterei zerrieben werden. Der Druck dagegen muss stark bleiben bis zum Tag der Entscheidung.“

Noch vor der Sommerpause will die bayerische Staatsregierung ihren unstrittenen Entwurf zum Bayerischen Versammlungsgesetz vom Landtag verabschieden lassen.

SZ, 23.6.08

„Unwürdig für Land, das sich Freistaat nennt“

Gewerkschaften und Opposition demonstrieren gegen Einschränkungen bei Versammlungsfreiheit

München (dpa) Rund 2000 Vertreter von Gewerkschaften und der Opposition im bayerischen Landtag haben am Samstag in München gegen die von der CSU-Regierung geplante Verschärfung des Versammlungsgesetzes protestiert.

„Es ist der Geist der CSU in Bayern, der das Versammlungsrecht einschränken will“, kritisierte SPD-Landtagsfraktionssprecher Franz Maget bei einer Kundgebung vor der CSU-Zentrale und ergänzte: „Wir wollen einen Freistaat mit freien Rechten für Bürgerinnen und Bürger.“ Auch die frühere Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) kritisierte die geplante Gesetzesänderung: „Dieses Gesetz strahlt den Geist obrigkeitstaatlichen Denkens aus.“

Zuvor hatten sich die Demonstranten vor dem Münchner DGB-Haus versammelt und waren in einem Protestzug durch die Innenstadt gezogen. Bei der anschließenden Kundgebung kritisierte Grünenfraktionschefin Margarete Bause das eigentliche Ziel, mit dem geplanten Gesetz Aufmärsche von Neonazis zu verhindern, werde mit dem Gesetz vorhaben nicht erreicht. Die CSU habe bisher nur „kleine, marginale Änderungen“ an ihrem Gesetzentwurf vorgenommen, die lediglich dazu dienten, die Proteste zu beruhigen.



Vertreter aus den Reihen der Opposition und der Gewerkschaften demonstrieren am Samstag in München gegen die von der CSU-Regierung geplante Verschärfung des Versammlungsgesetzes. Nach den Plänen der CSU soll schon eine Zusammenkunft von zwei Personen meldepflichtig sein, wenn sie sich „zur überwiegend auf die Teilhabe an der öffentlichen Meinungsbildung gerichteten Erörterung“ treffen. Foto: dpa

Kritik an den CSU-Plänen delt werde. Das Grundrecht Versammlungsfreiheit auf Versammlungsfreiheit sprach von einem „reinen Etikettenschwindel“. Die geplante Demonstrationen – darunter fallen auch Warnstreiks – bis Gesetzesänderung sei „unwürdig für ein Land, das sich Freistaat nennt“, sagte Hahnzog. Der ehemalige bayerische Ver-

MM 23.6.08

Warnung vor dem Obrigkeitstaat

2000 bei Kundgebung gegen schärferes Versammlungsrecht

Rund 2000 Vertreter von Gewerkschaften und der Opposition im bayerischen Landtag haben am Samstag in München gegen die von der CSU-Regierung geplante Verschärfung des Versammlungsrechts protestiert.

„Es ist der Geist der CSU, der das Versammlungsrecht einschränken will“, kritisierte SPD-Landtagsfraktionschef Franz Maget bei einer Kundgebung vor der CSU-Zentrale an der Nymphenburger Straße und ergänzte: „Wir wollen einen Freistaat mit freien Rechten für Bürgerinnen und Bürger.“ Auch die frühere Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarren-

berger (FDP) kritisierte die geplante Gesetzesänderung: „Dieses Gesetz strahlt den Geist obrigkeitsstaatlichen Denkens aus.“

Zuvor hatten sich die Demonstranten vor dem Gewerkschaftshaus an der Schwanthalerstraße versammelt und waren dann durch die Innenstadt gezogen. Bei der anschließenden Kundgebung kritisierte Grünen-Fraktionschefin Margarete Bause, das eigentliche Ziel des Gesetzes, nämlich Aufmärsche von Neonazis zu verhindern, werde damit nicht erreicht. Die CSU habe bisher nur „kleine, marginale Änderungen“ an ihrem Gesetzentwurf

vorgenommen.

Kritik an den CSU-Plänen kam auch vom bayerischen DGB-Chef Fritz Schösser. Es mache keinen Sinn, künftig in jedem Bundesland andere Regeln aufzustellen. Das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit werde in der Kleinstaaterei der Bundesländer zerrieben, sagte Schösser bei der Kundgebung.

Der ehemalige Landtagsabgeordnete und bayerische Verfassungsrichter Klaus Hahnzog (SPD) sprach von einem „reinen Etikettenschwindel“. Die Gesetzesänderung sei „unwürdig für ein Land, das sich Freistaat nennt“.

dpa/mmm



Versammlung für die Versammlungsfreiheit: 2000 Menschen zogen am Samstag durch München, darunter auch Spitzenvertreter mehrerer Oppositionsparteien. FOTO: DPA

MM, 23.06.08

Ist überhaupt ein bayerisches Versammlungsgesetz notwendig? Nein, denn längst gibt es ein Bundesgesetz. Und das regelt klaglos die Umsetzung dieses Grund- und Menschenrechtes in der Praxis. Die Föderalismusreform ist es, die dem Freistaat (und den anderen Ländern) eine eigene Kompetenz in die Hände gespielt hat.

Bayern könnte das liberale Bundesgesetz übernehmen, wie das andere Bundesländer tun. Auffälligerweise sind dies vor allem einige

Dubiose Norm

Gesetz unnötig und riskant

ler zu binden. Mit dem verfassungsrechtlich dubiosen Vorhaben kann die Volkspartei aber auch leicht Klientel verprellen. Die Wahlkampfrechnung der CSU geht nicht auf.

Dem Kampf gegen Rechtsextreme soll das Gesetz dienen, so die Staatsregierung. Kritiker argwöhnen dagegen, dass dies nur ein Vorwand ist. In Wahrheit sei eine generelle Verschärfung des Versammlungsrechtes geplant, um gegen unliebsame politische Umtriebe vorzugehen.

Doch nimmt man das angegebene Motiv ernst, dann gelangt man schnell zur Grundfrage der „wehrhaften Demokratie“: Soll sich der freiheitliche Rechtsstaat dazu provozieren lassen, bei der Bekämpfung seiner Gegner die eigenen Grundrechts-Fundamente ins Wanken zu bringen? Es muss zu denken geben, dass gerade Aktivisten gegen Rechts wie das Bürgerforum Gräfenberg dringend davor warnen.

Tritt das Gesetz in der geplanten Form in Kraft, besteht die Gefahr, dass auch seriöse Veranstalter vor der Bürokratie kapitulieren und potentielle Teilnehmer an Veranstaltungen vor ihrer drohenden Erfassung durch die Polizei zurückschrecken. Und dadurch wäre ein Schlüssel-Grundrecht tatsächlich ausgehebelt. WOLF-DIETRICH NAHR

DER KOMMENTAR

aus der ehemaligen DDR – und die haben relativ frische historische Erfahrungen.

Doch die CSU-geführte Staatsregierung ignoriert das freizügige Bundesgesetz und folgt lieber ihrem alten Law-and-Order-Beißreflex: Eine möglichst scharfe Norm muss her. Dabei sind es nicht einzelne Paragraphenausrutscher des Entwurfs, sondern es ist ein Bündel von bürokratischen Schikanen, die muffigen, obrigkeitsstaatlichen Dunst atmen.

Warum der Ausflug ins 19. Jahrhundert? Weil die CSU hofft, auf dem erzkonservativen Flügel Wäh-

MÜNCHEN MM 21.06.08

Protest gegen CSU-Plan

Kritik an Verschärfung des Versammlungsrechts

München – Opposition und Gewerkschaften haben für den heutigen Samstag zu Kundgebungen gegen die von der CSU-Regierung geplante Verschärfung des Versammlungsrechts aufgerufen. Die Demonstranten wollen vom DGB-Haus zur CSU-Zentrale in der Nymphenburger Straße ziehen, wo die Abschlusskundgebung geplant ist. Redner sind unter anderem SPD-Fraktionschef Franz Maget, Grünen-Fraktionschefin Margarete Bause, die frühere Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) und DGB-Chef Fritz Schösser. Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU)

verteidigte das Gesetzesvorhaben erneut gegen Kritik. Das neue Gesetz schränke Gewerkschaftsrechte nicht im Geringsten ein, betonte Herrmann. Vielmehr gehe es darum, Umtrieben von Neonazis entgegenzuwirken.

Die Opposition und die Gewerkschaften werfen der Staatsregierung dagegen vor, mit ihren Gesetzesplänen Demonstrationen behindern und damit die Versammlungsfreiheit massiv einschränken zu wollen. „Unter dem Deckmäntelchen, gegen Neonazis vorzugehen; sägt die CSU an einem zentralen Freiheitsrecht für alle Bürger“, kritisierte Bause. dpa/rmm

Das geplante Versammlungsrecht stößt auf Kritik

„Das ist unwürdig für Bayern“

Von den Gewerkschaften über die Opposition bis hin zum Bayerischen Bauernverband: Ein breites Bündnis ruft zu Demonstrationen gegen das geplante bayerische Versammlungsgesetz auf. Den Anfang machten rund 300 Menschen in Nürnberg.

Organisiert hatten die Versammlung die Gewerkschaft ver.di und der DGB. Die Demonstranten – darunter Stadträte von SPD, Grünen, FDP und den Linken, Vertreter der IG Metall sowie kleinere politische Gruppierungen – trafen sich in der Jakobstraße, vor der Bezirksgeschäftsstelle der CSU. Zwar hatte der DGB-Regionalvorsitzende Stephan Doll mit 400 Teilnehmern bei der (übrigens ordnungsgemäß angemeldeten) Demo gerechnet, zeigte sich angesichts des Termins am Freitagnachmittag mit der Resonanz dennoch zufrieden.

Mit Buh-Rufen in Richtung der CSU-Geschäftsstelle und Transparenten wandten sich die Menschen gegen die von der Staatsregierung geplante Verschärfung des Versammlungsrechts. Die Neufassung soll laut Innenminister Joachim Herrmann den Schutz gegen rechtsextremistische Versammlungen verstärken.

Redner wie Ingo Schmitt-Reinholtz vom Bürgerforum Gräfenberg und Richard Mergner, Landesbeauftragter vom Bund Naturschutz, bezeichneten diesen Grund als unehrlich und vorgeschoben. Tatsächlich werde das Versammlungsrecht massiv eingeschränkt. Es berge auch große verfassungsrechtliche Probleme. Statt daher alle Demonstrationen über einen Kamm zu scheren, solle die NPD verboten werden.

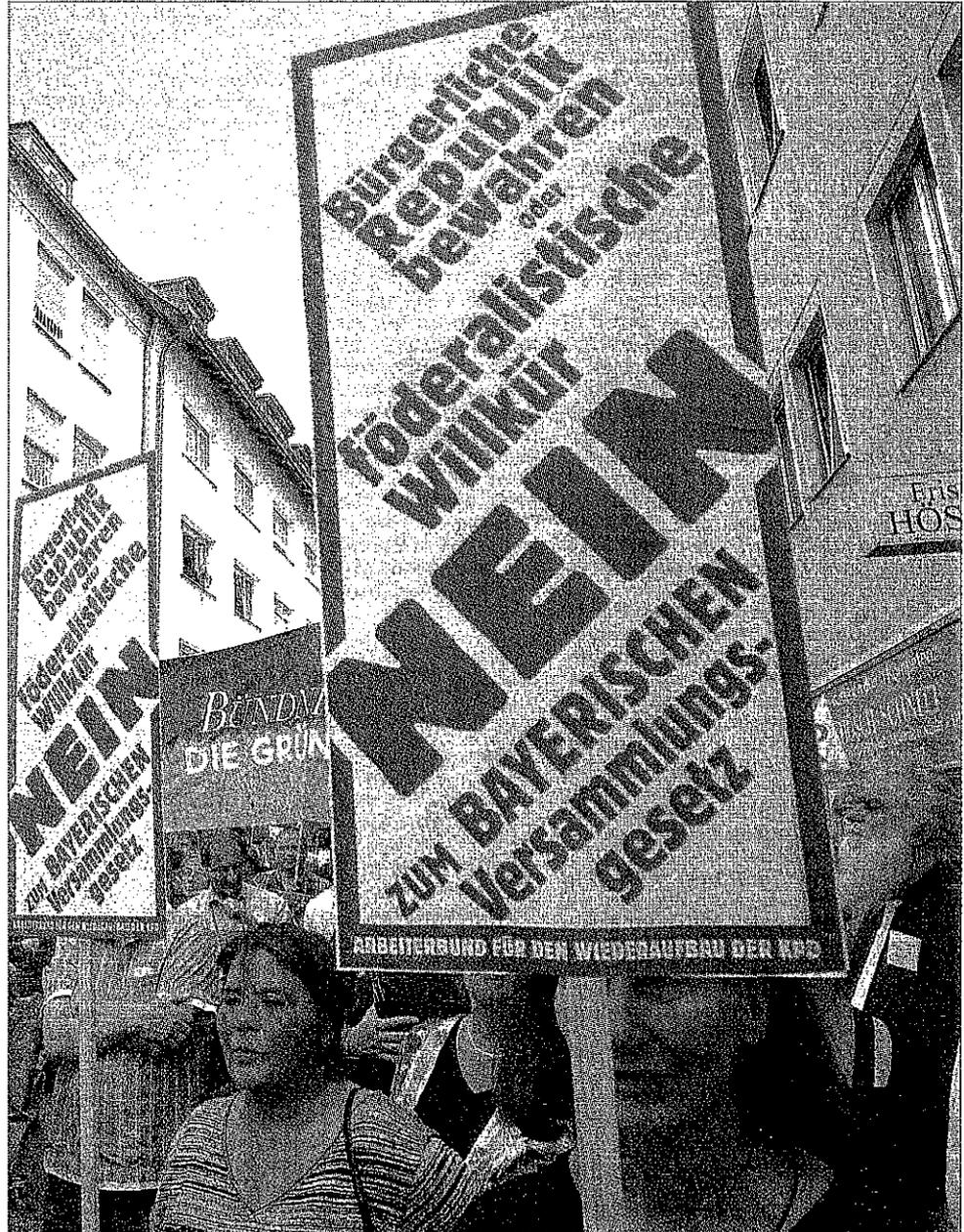
Auch Klaus Hahnzog wandte sich vehement gegen das geplante Gesetz. Der Richter am Bayerischen Verfassungsgerichtshof und streitbares Mitglied der Humanistischen Union trat als Hauptredner auf. Neun Jahre lang war Hahnzog Kreisverwaltungsreferent in München, dabei verantwortlich für das Versammlungsrecht. Für ihn ist die Begründung des Innenmi-

nisters ein „purer Etikettenschwindel“. Verlängerte Anmeldefristen, abschreckende Bürokratie, unklare Definitionen, die das Eingreifen der Behörden erleichtern – „das, was die CSU jetzt beabsichtigt, ist unwürdig für ein Land, das sich stolz Freistaat nennt“, sagte Hahnzog unter dem Beifall der Demonstranten.

Er erinnerte daran, dass Herrmann vor einigen Wochen den Dalai Lama zum Gespräch traf. „Da ging es bestimmt auch um die Versammlungsfreiheit in China und Tibet“, sagte Hahnzog. „Hoffentlich hat der Dalai Lama das bayerische Gesetzesvorha-

ben nicht mitgenommen. Da käme er vom Regen in die Traufe!“

Innenminister Joachim Herrmann verteidigte das Vorhaben am Freitag erneut gegen Kritik. Das neue Gesetz schränke Gewerkschaftsrechte nicht im Geringsten ein, betonte er. Die Hauptkundgebung gegen die Verschärfung der Versammlungsfreiheit findet heute in München statt. Redner sind unter anderem SPD-Fraktionschef Franz Maget, Grünen-Fraktionschefin Margarete Bause, die frühere Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) und DGB-Chef Fritz Schösser. ng



Eine bunte Mischung aus Gewerkschaften, Opposition und kleinen Gruppierungen protestierte gegen das geplante neue Versammlungsrecht. Foto: Fenzler

RUP 20.06.08

Ver.di protestiert gegen neues Versammlungsgesetz

Großdemo in München vor CSU-Zentrale

Plattling/München. Die Gewerkschaft Ver.di Niederbayern macht mobil gegen das geplante neue Versammlungsgesetz der bayerischen Staatsregierung. Für morgen, Samstag, ist eine Großdemo in München vor der CSU-Zentrale geplant. Das haben die Bezirksvorstände am Mittwoch bei einem Treffen in Plattling beschlossen.

Der Ver.di-Bezirk Niederbayern spricht sich entschieden gegen den Vorschlag der CSU für ein neues Versammlungsgesetz aus. Vorsitzender Bernhard Hebertinger sagt: „Das geplante Gesetz beschneidet die Versammlungsfreiheit, die allen Bürgern im Grundgesetz und in der Bayerischen Verfassung garantiert wird. Dazu werden Bürgerrechte ausgehebelt.“

Die CSU will das aktuelle Versammlungsgesetz schärfer formulieren. Die Idee dahinter: Extremistische und militante Versammlungen wären dann nicht mehr ohne weiteres möglich. Noch vor der Sommerpause will die CSU ihren Vorschlag im Landtag durchsetzen.

Durch das neue Gesetz werde aber das Streikrecht aller Gruppen eingeschränkt, betont Hebertinger. Die An-

derung soll es Behörden unter anderem ermöglichen, unliebsame Redner von Versammlungen auszuschließen. Die Rechte von Behörden und Polizei würden unnötig gestärkt.

Versammlungen müssten statt bisher 48 Stunden künftig 72, bei überregionalen Aktionen 96 Stunden zuvor schriftlich angemeldet werden. Hebertinger warnt: „Eine spontane Versammlung ist kaum möglich.“ Er befürchtet, das Ordnungsamt könne Streikaktionen frühzeitig unterbinden, da es wirtschaftliche oder politische Interessen bedroht sieht. „Je nach politischer Stimmungslage kann das Gesetz ausgenutzt werden. Vielleicht nicht heute. Aber ein Gesetz gilt immer“, warnt Hebertinger.

Auftakt der Demo ist am Samstag vor dem Münchner Gewerkschaftshaus. Bei der Kundgebung vor der CSU-Zentrale sprechen unter anderem Franz Maget, Vorsitzender der SPD-Landesfraktion, Margarete Bause, Vorsitzende der Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, und Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP), Ex-Bundesjustizministerin. Die Veranstaltung unterstützt auch der DGB Bayern. — cl

A Versammlungsgesetz: „Wir wollen keinen Schnüffelstaat“

Protest vor Nürnberger CSU-Büro: Parteien, Gewerkschaften und Verbände leisten massiven Widerstand gegen Entwurf

VON WOLF-DIETRICH NAHR M 21.06.67

Am Vortag einer Großveranstaltung in München gingen Vertreter der Gewerkschaften, Parteien und von Verbänden vor dem CSU-Parteibüro in der Nürnberger Innenstadt auf die Straße, um lautstark gegen das geplante bayerische Versammlungsgesetz zu protestieren. Die Gegner der umstrittenen Norm sehen verfassungsrechtlich verbriefte Grundrechte in akuter Gefahr.

NÜRNBERG - Der Verfassungsrichter Klaus Hahnzog zitierte vor etwa 300 Demonstranten Willy Brandts „Mehr Demokratie wagen“ und kritisierte die CSU und die Staatsregierung dafür, dass sie mit dem „Versammlungsbehinderungs- und -verhinderungsgesetz“ ein „entsetzliches“ Menschenbild offenbare.

Alle Bewohner Bayern hätten laut Verfassung das Recht, sich ohne Anmeldung und ohne besondere Erlaubnis friedlich zu versammeln. Laut Gesetzentwurf werde künftig eine „Anzeige“ einer Veranstaltung nicht mehr 48 Stunden, sondern 72 Stunden vorher verlangt. Verfassungsrichter Hahnzog erklärte, die „Pressfreiheit der kleinen Leute“, das demokratische Ver-

Sammlungsgesetz bedroht. Selbst drei von der CSU benannte Gutachter hätten beim Landtags-Hearing ihre verfassungsrechtlichen Bedenken gegen den Gesetzentwurf vorgebracht. Der Kern demokratischer Freiheitsrechte sei berührt, wenn Bürger ihre Grundrechte nicht mehr „unbefangen wahrnehmen“ könnten.

„Unmittelbare Demokratie“

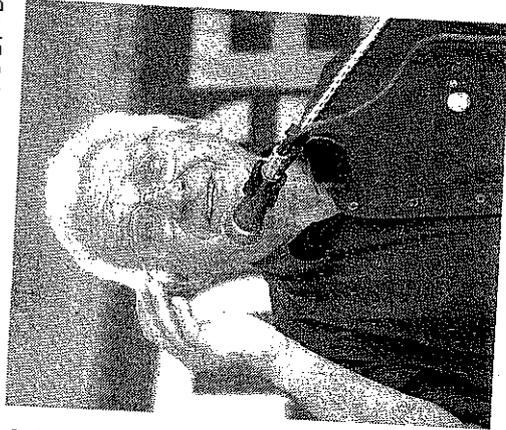
Das Versammlungsrecht ist ein Stück ursprüngliche, ungebändigte, unmittelbare Demokratie, die Straße muss uns gehören“, so der frühere SPD-Politiker Hahnzog. Er sagte voraus, dass zahlreiche Bürger in Karlsruhe Verfassungsbeschwerden einlegen werden, falls das Gesetz in Kraft treten sollte.

Der mittelfränkische DGB-Regionsvorsitzende Stephan Doll forderte, dass der Gesetzentwurf „komplett vom Tisch“ kommt. Er sieht durch das neue Versammlungsrecht unter anderem auch Streikmaßnahmen der Gewerkschaften gefährdet. Die CSU solle ihre „Blockadehaltung“ aufgeben und die Hände von einem „elementaren Bestandteil der parlamentari-

schen Demokratie“ lassen. Der Gewerkschafter: „Wenn sich die CSU nicht bewegt, dann werden wir die CSU bewegen.“ Anstelle eines verschärften Versammlungsgesetzes solle die Staatsregierung gegen Rechtsextrême vorgehen, indem sie sich nicht länger gegen ein Verbot der NPD sperrt.

Für ein solches Verbot der „Leitbewegung der neonazistischen Umtriebe“ setzte sich auch der Rechtsanwalt des Bürgerforums Grafenberg, Ingo Schmitt-Reinholz, ein. Es sei nicht hinnehmbar, dass der exzessive Missbrauch von Grundrechten durch Neonazis dadurch bekämpft werden solle, dass Grundrechte „massiv beschneidet“ werden. Ohnehin sei die Argumentation der Staatsregierung nur vorgeschoben: In Wirklichkeit sollten durch das neue Versammlungsgesetz die „Aktivitäten politisch missliebiger gesellschaftlicher Gruppen behindert werden“.

Der Landesbeauftragte des Bund Naturschutz, Richard Merzger: „Wir wollen keinen Obrigkeitss- und Schnüffelstaat, wir wollen unsere Grundrechte behalten.“



Verfassungsrichter Klaus Hahnzog sieht Grundrechte in Gefahr. Foto: Matejka

sammlungsrecht, werde nun durch eine Überbürokratisierung, durch offenkundige verfassungsrechtliche Verstöße und durch eine Häufung von Fällen von Ordnungswidrigkeiten als

Pressemitteilung, 20.06.2008

Für die Versammlungsfreiheit! Nein zum geplanten CSU-Versammlungsgesetz

Aufruf zur Demonstration am 21. Juni 2008 in München: Für unsere Versammlungsfreiheit!

Die SPD-Landtagsfraktion sagt Nein zu dem geplanten neuen Versammlungsgesetz.

Der Gesetzentwurf der CSU-Staatsregierung ist obrigkeitsstaatlich, verletzt den Datenschutz und schränkt das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit ein.

CSU und Staatsregierung wollen mit ihrem Gesetzentwurf für ein Versammlungsgesetz konkret erreichen:

- Versammlungen können leichter beschränkt und verboten werden.
- Anmeldung und Durchführung einer Versammlung werden durch unnötige Bürokratie für die Veranstalter erschwert.
- Die Bürgerinnen und Bürger werden von der Teilnahme an Versammlungen abgeschreckt, wenn persönliche Daten erhoben und Bild- und Tonaufzeichnungen beispielsweise aller Demonstranten angefertigt werden.
- Rigide Strafen und Geldbußen werden auch bei geringfügigen Verstößen gegen die Vorschriften des geplanten Gesetzes verhängt.

Wir wissen: Demokratie findet nicht nicht nur in den Parlamenten, Meinungs- und Willensbildung nicht nur in den Redaktionsstuben und Talkshows statt, sondern auch bei Versammlungen in Sälen und unter freiem Himmel.

Wir sagen: Die Versammlungsfreiheit stellt ein Grundrecht dar und ist für ein demokratisches Staatswesen von elementarer Bedeutung.

TEL: (089)4126-2347, FAX: 4126-1168

Maximilianeum, 81627 München - www.bayernspd-landtag.de - presse@bayernspd-landtag.de

Wir sind der Meinung: Der Staat, die Versammlungsbehörden und die Polizei sind verpflichtet, die Wahrnehmung des Grundrechts auf **Versammlungsfreiheit zu gewährleisten und nicht zu behindern!**

Deshalb stimmen wir gegen den Gesetzentwurf!

Ihre SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

PDF-Download:

Für die Versammlungsfreiheit!

Nein zum geplanten CSU-Versammlungsgesetz

Flugblatt der SPD-Landtagsfraktion

Die SPD-Landtagsfraktion
ruft deshalb zur Demonstration auf:

Für unsere Versammlungsfreiheit!

Verhindern wir das geplante bayerische Versammlungsgesetz!

Samstag: 21. Juni 2008, 11 Uhr, München

Noch vor der Sommerpause will die bayerische Staatsregierung ein neues bayerisches Versammlungsgesetz beschließen. Das kann die Möglichkeiten einschränken, unseren Forderungen in der Öffentlichkeit Nachdruck zu verleihen.

**Die Versammlungsfreiheit ist eines unserer wichtigsten Grundrechte.
Deswegen rufen wir alle auf: Verhindern wir gemeinsam dieses geplante Gesetz
der bayerischen Staatsregierung!**

Auftakt zur Demo

vor dem Münchner Gewerkschaftshaus, Schwanthalerstr. 64
mit

Klaus Hahnzog, Richter am Bayerischen Verfassungsgerichtshof
Max Mannheimer, Vorsitzender der Lagergemeinschaft Dachau
und der Münchner Streikband

Kundgebung

TEL: (089)4126-2347, FAX: 4126-1168

Maximilianeum, 81627 München - www.bayernspd-landtag.de - presse@bayernspd-landtag.de

vor der CSU-Zentrale in der Nymphenburger Straße 64
mit

Franz Maget, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion

Margarete Bause, Vorsitzende der Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Bundesministerin der Justiz a.D.

Peter Stark, Betriebsrat Giesecke&Devrient

Fritz Schösser, Vorsitzender DGB-Bezirk Bayern

Veranstalter:

DGB – Region München u. ver.di Bezirk München

unterstützt von

? **DGB – Bezirk Bayern**

? **Landtagsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen**

? über 100 Organisationen und Initiativen

PDF-Download:

Für unsere Versammlungsfreiheit!

Aufruf des DGB zur Demonstration am 21. Juni 2008 in München

TEL: (089)4126-2347, FAX: 4126-1168

Maximilianeum, 81627 München - www.bayernspd-landtag.de - presse@bayernspd-landtag.de

Die Grünen

im Bayerischen
Landtag

Pressestelle

Tel: 089/4126-2734

Pressemitteilung

Rettet die Versammlungsfreiheit!

Protest gegen Gesetzentwurf der Staatsregierung

München (20.6.2008/sip). Die Grünen machen weiter Front gegen den umstrittenen Gesetzentwurf der Staatsregierung für ein bayerisches Versammlungsgesetz. Am morgigen Samstag, 21. Juni, spricht die grüne Fraktionsvorsitzende **Margarete Bause** auf der großen Protestdemonstration des DGB in München. Bereits heute nimmt die rechtspolitische Sprecherin **Christine Stahl** an der DGB-Protestveranstaltung in Nürnberg teil.

Die grüne Landtagsfraktion wendet sich scharf gegen die geplanten Einschränkungen des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit, wie sie die Bayerische Staatsregierung in ihrem Gesetzentwurf vorsieht. „Unter dem Deckmäntelchen, gegen Neonazis vorzugehen, sägt die CSU an einem zentralen Freiheitsrecht für alle Bürger“, kritisiert **Margarete Bause**. Ein breites Bündnis von den Gewerkschaften bis hin zum Bund Naturschutz spricht sich daher vehement gegen eine Verschärfung aus. So sieht die CSU umfassende neue Pflichten für die Veranstalter von Versammlungen vor und erlaubt es Verwaltungsbehörden und Polizei darüber hinaus, Daten von Verantwortlichen unbegrenzt zu speichern. „Jede Bürgerin und jeder Bürger muss das Recht haben, seine Meinung in der Öffentlichkeit deutlich zu machen, ohne Einschüchterung und Behinderung. Davon lebt eine Demokratie und wir dürfen uns diese Errungenschaft nicht kaputt machen lassen.“

Die Grünen haben daher im Landtag einen eigenen Gesetzentwurf vorgelegt, der das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit nachhaltig sichern soll.

Mit freundlichen Grüßen
Simone Paulmichl,
Pressesprecherin

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Bayerischen Landtag
Maximilianeum, 81627 München
Telefon 089/4126-2734 oder -2736
Fax 089/4126-1762
E-Mail presse@gruene-fraktion-bayern.de
Internet www.gruene-fraktion-bayern.de

Betreff: Versammlungsgesetz (PM 278/08 vom 20.06.08)

Von: pm@stmi.bayern.de

Datum: Fri, 20 Jun 2008 13:19:12 +0200 (CEST)

An: stmi-sofort@listserv.bayern.de

Bayerisches Staatsministerium des Innern
Pressestelle
Newsletter: StMI-Sofort

Versammlungsgesetz (PM 278/08 vom 20.06.08)

Innenminister Joachim Herrmann: "Neues bayerisches Versammlungsgesetz wirksames Instrument gegen braune Umtriebe - Gewerkschaftsrechte bleiben selbstverständlich unangetastet" - Minister appelliert an Gewerkschaften Kampf gegen Rechtsextremismus zu unterstützen

Vor der vom DGB Region München und dem ver.di Bezirk München geplanten Demonstration ist Innenminister Joachim Herrmann den Befürchtungen der Gewerkschaft entgegengetreten: "Das neue bayerische Versammlungsgesetz schränkt in keinem einzigen Punkt Gewerkschaftsrechte auch nur im Geringsten ein. Im Gegenteil, wir schützen mit dem Gesetz das Recht auf Demonstrationsfreiheit. Gerade für Gewerkschaften enthält unser Gesetzentwurf eine Reihe von Liberalisierungen gegenüber den bestehenden bundesrechtlichen Vorschriften." Als Beispiel nannte der Minister das Uniformierungsverbot. Dies gilt bisher nach Bundesrecht uneingeschränkt, nach der neuen bayerischen Rechtslage erst dann, wenn dadurch gleichzeitig eine einschüchternde Wirkung hervorgerufen wird. Herrmann: "Im Gegensatz zur jetzigen Rechtslage steht damit glasklar fest, dass beispielsweise das Tragen einheitlicher T-Shirts bei einer Gewerkschaftsdemonstration selbstverständlich zulässig ist. Wir wollen mit diesem

e! eingeschränkten Uniformierungsverbot verhindern, dass Skinheads oder Autonome des schwarzen Blocks mit paramilitärischem Gehabe durch die Straßen ziehen. Ich bitte wirklich zur Kenntnis zu nehmen, dass wir das Uniformierungsverbot nicht neu einführen, sondern im Gegenteil zu Gunsten der Gewerkschaften einschränken. Ich wundere mich schon ein wenig darüber, dass bisher von den Leuten, die sich jetzt über unser bayerisches Gesetz aufregen, niemand gegen das strengere Uniformierungsverbot des Bundes protestiert hat."

Auch die Befürchtung der Gewerkschaften, das neue Gesetz würde in irgendeiner Weise Warnstreiks einschränken, hat nicht die geringste Grundlage. Warnstreiks sind bereits nach bisherigem Recht und genauso nach dem neuen Bayerischen Versammlungsgesetz regelmäßig keine Versammlung und von daher auch nicht anzeigepflichtig. Auch wenn die Gewerkschaften mit einer Kundgebung auf der Straße auf ihre Anliegen hinweisen wollen, ist dies selbstverständlich zulässig und kann kurzfristig, auch telefonisch, als Eilversammlung angezeigt werden. Für Spontanversammlungen gilt sogar gar keine Anzeigepflicht. Herrmann: "Hier ändert sich absolut nichts. Schon gar nicht zu Lasten der Gewerkschaften."

Befürchtet haben die Gewerkschaften auch, dass durch den Vorbehalt der Rechte Dritter wirtschaftliche Interessen Streikmaßnahmen entgegen gehalten werden könnten. Herrmann: "Das ist von vornherein ein Missverständnis gewesen. Um Befürchtungen jedoch auszuräumen, wird diese Regelung aus dem Gesetz gestrichen."

Bei polizeilichen Übersichtsaufnahmen wird ebenfalls die bestehende bundesrechtliche Regelung liberalisiert. Nach Bundesrecht können Bildaufnahmen bisher drei Jahre lang gespeichert werden. Nach der neuen Regelung findet grundsätzlich gar keine Speicherung statt. Nur ausnahmsweise ist eine Speicherung für ein Jahr zulässig. Herrmann: "Ich kann nur an die Gewerkschaften appellieren, sich den Kern der neuen bayerischen Regelungen genau vor Augen zu halten. Es geht darum, die Handlungsmöglichkeiten gegen rechtsextremistische Versammlungen zu verbessern. Wir wollen alles dafür tun, rechtsextremistische Umtriebe einzuschränken oder zu verhindern. Ich bitte die Gewerkschaften sehr, uns in diesem Anliegen nachhaltig zu unterstützen und keine Gespenster zu sehen."

Pressesprecher: Karl Michael Scheufele
Telefon: (089) 2192 -2114

Telefax: (089) 2192 -12721

E-Mail: presse@stmi.bayern.de

Zum Abbestellen der Liste benutzen Sie bitte das Formular unter:
<http://www.stmi.bayern.de/presse/newsletter/>

PUP 20.06.08

Ver.di protestiert gegen neues Versammlungsgesetz

Großdemo in München vor CSU-Zentrale

Plattling/München. Die Gewerkschaft Ver.di Niederbayern macht mobil gegen das geplante neue Versammlungsgesetz der bayerischen Staatsregierung. Für morgen, Samstag, ist eine Großdemo in München vor der CSU-Zentrale geplant. Das haben die Bezirksvorstände am Mittwoch bei einem Treffen in Plattling beschlossen.

Der Ver.di-Bezirk Niederbayern spricht sich entschieden gegen den Vorschlag der CSU für ein neues Versammlungsgesetz aus. Vorsitzender Bernhard Hebertinger sagt: „Das geplante Gesetz beschneidet die Versammlungsfreiheit, die allen Bürgern im Grundgesetz und in der Bayerischen Verfassung garantiert wird. Dazu werden Bürgerrechte ausgehebelt.“

Die CSU will das aktuelle Versammlungsgesetz schärfer formulieren. Die Idee dahinter: Extremistische und militante Versammlungen wären dann nicht mehr ohne weiteres möglich. Noch vor der Sommerpause will die CSU ihren Vorschlag im Landtag durchsetzen.

Durch das neue Gesetz werde aber das Streikrecht aller Gruppen eingeschränkt, betont Hebertinger. Die An-

derung soll es Behörden unter anderem ermöglichen, unliebsame Redner von Versammlungen auszuschließen. Die Rechte von Behörden und Polizei würden unnötig gestärkt.

Versammlungen müssten statt bisher 48 Stunden künftig 72, bei überregionalen Aktionen 96 Stunden zuvor schriftlich angemeldet werden. Hebertinger warnt: „Eine spontane Versammlung ist kaum möglich.“ Er befürchtet, das Ordnungsamt könne Streikaktionen frühzeitig unterbinden, da es wirtschaftliche oder politische Interessen bedroht sieht. „Je nach politischer Stimmungslage kann das Gesetz ausgenutzt werden. Vielleicht nicht heute. Aber ein Gesetz gilt immer“, warnt Hebertinger.

Auftakt der Demo ist am Samstag vor dem Münchner Gewerkschaftshaus. Bei der Kundgebung vor der CSU-Zentrale sprechen unter anderem Franz Maget, Vorsitzender der SPD-Landesfraktion, Margarete Bause, Vorsitzende der Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, und Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP), Ex-Bundesjustizministerin. Die Veranstaltung unterstützt auch der DGB Bayern. — cl